

# 1 Psychologie der Rechtsradikalisierung – Konzepte und Grundlagen

*Tobias Rothmund und Eva Walther*

In Deutschland ist die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) seit 2017 im Bundestag und Stand Oktober 2023 in 14 Landtagen vertreten. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2024 könnte die AfD erstmals als stärkste politische Kraft aus einer überregional bedeutenden politischen Wahl in Deutschland hervorgehen. Gleichzeitig wird die Partei seit 2021 vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft, die Jugendorganisation der AfD wurde im April 2023 gar als gesichert rechtsextrem bewertet. Der politische Erfolg der AfD ist umso bemerkenswerter, zieht man in Betracht, dass sich die Partei in ihrer politischen Programmatik in den vergangenen Jahren immer weiter in eine rechtsextreme Richtung entwickelt hat (Arzheimer & Berning, 2019; Pfahl-Traugber, 2020). Aus diesem Grund kann auch das Wahlverhalten der AfD-WählerInnen zunehmend weniger auf einen Protest gegen etablierte Parteien reduziert werden. Es geht offenbar nicht allein um die eine allgemeine Politikverdrossenheit oder den Widerstand gegen das Programm der etablierten Parteien. Stattdessen müssen wir erkennen, dass ein substantieller und möglicherweise wachsender Anteil der deutschen Bevölkerung für die Programmatik einer Partei empfänglich ist, die in weiten Teilen rechtsextreme Positionen vertritt.

Es gibt verschiedene empirische Hinweise darauf, dass der Erfolg der AfD mit einer Rechtsradikalisierung in Teilen der deutschen Gesellschaft einhergeht. So zeigt beispielsweise die bevölkerungsrepräsentative Mitte-Studie 2022/2023, dass der Anteil der Befragten mit klar rechtsextremer Orientierung im Vergleich zu vorangegangenen Befragungen substantiell auf mittlerweile 8% gestiegen ist (Zick et al., 2023). Das sind mehr als dreimal so viele Personen im Vergleich zum Mittelwert der vergangenen 10 Jahre. In den letzten Jahren hat sich außerdem eine rechte Protestkultur etabliert, die im Kontext wechselnder Themen (bspw. Migration, Covid-19-Pandemie) die Entscheidungsmacht des Staates in Frage stellt und diese als diktatorisch brandmarkt (bspw. Teune, 2021). Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz nimmt einen Anstieg im sogenannten rechtsextremistischen Personenpotential wahr (Bundesministerium des Inneren, 2023). Gleichzeitig zählt das Bundeskriminalamt zunehmend mehr Fälle politisch motivierter Gewalt aus dem rechten politischen Spektrum. Zwischen 2013 und 2022 ist die Anzahl entsprechender Straftaten mit 38% um rund ein Drittel gestiegen (Bundeskriminalamt, 2023b). In der Summe bekräftigen diese Entwicklungen die Sorge vor einer Rechtsradikalisierung in der deutschen Gesellschaft. Was bedeutet Rechtsradikalisierung aber eigentlich? Wie kann der Prozess der Rechtsradikalisierung aus der Perspektive des Einzelnen beschrieben und verstanden werden? Und wo können

Präventionsansätze wirksam ansetzen? In diesem Buch wollen wir einen psychologisch geprägten Blick auf das Phänomen der Rechtsradikalisierung werfen.

## 1.1 Psychologische Beiträge zur Radikalisierungsforschung

Die psychologische Forschung beschäftigt sich seit vielen Jahrzehnten mit der Frage, wie politische Radikalisierungsprozesse nachgezeichnet und erklärt werden können. Im Rahmen von querschnittlichen und längsschnittlichen Befragungen, mit Einzelfallstudien, aber auch mit experimentellen Untersuchungen werden motivationale, kognitive und verhaltensbezogene Prozesse untersucht, um besser zu verstehen, welche Personen (persönlichkeitspsychologischer Ansatz) unter welchen sozialen Rahmenbedingungen (sozialpsychologischer Ansatz) aus welchen Gründen (motivationspsychologischer Ansatz) und in welcher zeitlichen Dynamik (entwicklungspsychologischer Ansatz) empfänglich für extremistische Denk- und Handlungsweisen sind.

Diese Forschung ist aus verschiedenen Gründen geeignet, den öffentlichen Diskurs zu den Ursachen und Dynamiken von Radikalisierungsprozessen zu bereichern. Zum Ersten liefert die Psychologie, als Wissenschaft vom Erleben und Verhalten von Menschen, Erklärungsansätze für *emotionale Prozesse*, die an der Entstehung von politischen Vorstellungen, Einstellungen und Verhaltensweisen beteiligt sind. Emotionale Reaktionen auf politische Ereignisse und Informationen gewinnen in zunehmend komplexer und undurchsichtig erscheinenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gemengelagen an Bedeutung. Angesichts einer unüberschaubaren Menge ungefilterter Informationen in digitalen Kommunikationsumgebungen vertrauen viele Menschen weniger auf rationale Problemanalysen durch wissenschaftliche oder politische ExpertInnen und stärker auf ihre eigenen emotionalen oder intuitiven Reaktionen. Gleichzeitig befördert die Logik einer medialen Aufmerksamkeitsökonomie in zunehmendem Maße politische Bedrohungsdebatten (Rothmund, 2023). Diese Debatten unterliegen einer Dramatisierungsattraktion, in der Ängste, Empörung oder Wut gezielt angesprochen und aktiviert werden. Ein psychologisches Verständnis der zugrundeliegenden Dynamiken stellt auch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis politischer Radikalisierungsprozesse dar.

Zum Zweiten lenkt eine psychologische Perspektive den Blick auf die *Funktionalität von Radikalisierungsprozessen*. Damit meinen wir, dass der Radikalisierungsprozess für Einzelpersonen und soziale Gruppen positive Anreize bereithalten kann und somit eine motivationale Kraft entfaltet. Diese psychologische Funktionalität kann auf zwei Ebenen beschrieben werden. Auf einer kognitiv-emotionalen Ebene dienen Feindbilder, Verschwörungsnarrative oder auch gruppenbezogene Abwertung und Hass als palliative Bewältigungsstrategie im Umgang mit erlebten Verlust-

und Benachteiligungserfahrungen. Die politische Radikalisierung stützt sich dabei auf Narrative, die mit Selbstaufwertung, Verantwortungsabwehr und kognitiver Entlastung einhergehen und somit geeignet sind den Umgang mit diesen negativen Erfahrungen zu erleichtern. Auf einer verhaltensbezogenen Ebene können solche Radikalisierungsnarrative einen Beitrag zur politischen Mobilisierung von sozialen Gruppen leisten (Marie & Petersen, 2022). Insbesondere die Forschung zu sozialen Bewegungen und politischem Aktivismus zeigt außerdem, dass das Erleben von Ungerechtigkeit und daraus resultierende Emotionen wie Ärger und Wut sowie eine kategorische Freund-Feind-Unterscheidung die politische Aktivierung und Mobilisierung von Menschen begünstigt (van Zomeren, 2013). Indem die psychologische Radikalisierungsforschung diese Funktionalitäten sichtbar macht, öffnet sie einen Deutungs- und Erklärungsraum, der über eine vereinfachte normative Ablehnung von Radikalisierungsprozessen hinausreicht. Dies ist insbesondere auch im Hinblick auf die Gestaltung von Präventions- und Demokratiebildungsprogrammen wichtig. Es gilt als erwiesen, dass ein fundiertes Verständnis der Entwicklungsbedingungen von Radikalisierungsprozessen dabei helfen kann, Ansatzpunkte für die Gestaltung politischer Bildungsprogramme zu identifizieren.

Einen dritten wesentlichen Gewinn der psychologischen Perspektive auf Radikalisierungsprozesse sehen wir darin, dass diese eine *konstruktive Wendung polarisierter öffentlicher Diskurse* ermöglicht und damit selbst als Strategie zur Deradikalisierung verstanden werden kann. Die normative Ablehnung von Radikalisierungsprozessen in einer Gesellschaft kann, auch wenn sie demokratietheoretisch geboten erscheinen mag, leicht zu einer wechselseitigen Radikalisierungsdynamik führen (Moghaddam, 2018). Die politische Radikalisierung eines Teils der Gesellschaft motiviert und bedingt die Radikalisierung eines anderen Teils und umgekehrt. Diese soziale Dynamik begünstigt die Polarisierung oder Fragmentierung von Gesellschaften und beschädigt damit potentiell demokratische Prozesse und Strukturen. Die aktuelle Diskussion um den Klimawandel kann hier als Beispiel dienen. Konservative BremserInnen einer progressiven Klimapolitik und VertreterInnen einer schnellen und umfassenden Dekarbonisierung der Gesellschaft werfen sich gegenseitig politische Radikalisierung vor. Begriffe wie »Klimaleugner« einerseits und »Klimadiktatur« andererseits bringen das zum Ausdruck. In einem solchen Diskursklima können demokratische Einigungen zwischen Interessensgruppen zunehmend schwerer verhandelt und umgesetzt werden. Eine psychologische Rekonstruktion und Erklärung radikalisierter Positionen bereitet hingegen den Weg für Perspektivübernahme und wechselseitiges Verständnis und befördert dadurch einen gesellschaftlichen Dialog als Gegenentwurf zu einer machtorientierten Debattenkultur.

Zusammenfassend gehen wir in diesem Buch davon aus, dass eine psychologische Perspektive auf Rechtsradikalisierung einen wichtigen Beitrag dazu leistet, deren zugrundeliegenden Entwicklungsbedingungen und Funktionalitäten besser zu verstehen. Im Folgenden wollen wir dazu zunächst einige zentrale Begriffe und Konzepte näher erläutern. Wir beginnen mit dem Konzept der politischen Links-Rechts-Dimension, auf die im Zusammenhang mit Rechtsradikalisierung und Rechtsextremismus implizit immer wieder verwiesen wird.

## 1.2 Die Links-Rechts-Dimension als politischer und psychologischer Konfliktraum

Das Aufkommen der politischen Links-Rechts-Dimension, als Beschreibung unterschiedlicher politischer Positionen bzw. Orientierungen, kann auf die Sitzordnung in der verfassungsgebenden französischen Nationalversammlung von 1789 zurückgeführt werden. Die linke Seite des Parlaments war dabei von Vertretern einer revolutionären republikanischen Ausrichtung besetzt, während die rechte Seite des Parlaments durch konservative und monarchiefreundliche politische Positionen bestimmt war. Linke politische Positionen orientieren sich seither klassischerweise an den Interessen und Bedürfnissen von Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status und fordern soziale Veränderungen im Sinne einer stärkeren Umverteilung von Macht, Status und Ressourcen. Rechte politische Positionen orientieren sich klassischerweise an den Interessen und Bedürfnissen von wirtschaftlichen Eliten und streben nach der Bewahrung bestehender Besitz- und Lebensverhältnisse. Diese Links-Rechts-Konfliktdimension hat in der sozialwissenschaftlichen Analyse bis heute ihre Bedeutung und Relevanz erhalten, auch wenn Verschiebungen in den klassischen Konfliktlinien diskutiert werden (z. B. Piketty, 2022).

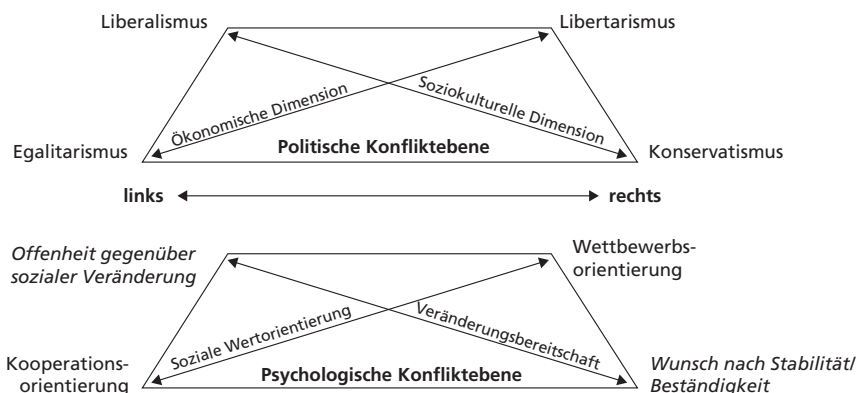
In der Politikwissenschaft wird der zugrundeliegende Konfliktraum zwischen Links und Rechts häufig in zwei Dimensionen aufgefächert. So werden zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien im soziokulturellen und im ökonomischen Bereich voneinander unterschieden. Eine *soziokulturelle Konfliktdimension* zwischen links und rechts bezieht sich auf den Konflikt zwischen der Bewahrung sozialer Ordnung und Traditionen (Konservatismus) und dem Recht auf individuelle Entfaltung und persönlicher Lebensführung in der Gesellschaft (Liberalismus). Entsprechende Konflikte beziehen sich auf Vorstellungen von Geschlecht und Familie wie bei der aktuellen Diskussion um die Rechte von transgener Personen oder auch das individuelle Recht auf Asyl und Migration. Auf der ökonomischen Konfliktdimension wird vor allem das Verhältnis von Markt und Staat verhandelt. Während sich linke Positionen für eine zentral organisierte Umverteilung im Sinne eines sozialen Ausgleichs einsetzen (Egalitarismus), argumentieren rechte Positionen für einen schlanken Staat, der sich möglichst wenig in die Mechanismen des freien Marktes einmischt (Libertarismus). Auf dieser Konfliktlinie werden Fragen zum Mindestlohn, zur Höhe von Sozialleistungen oder zu gewerkschaftlichen Rechten und Pflichten verhandelt. Empirische Bestätigung erfährt ein zweidimensionaler Ansatz durch politikwissenschaftliche Forschung, die zeigt, dass der Parteienwettbewerb in den meisten europäischen Ländern entlang der soziokulturellen und der ökonomischen Dimension strukturierbar ist (z. B. Warwick, 2002).

Die politische Psychologie untersucht seit vielen Jahrzehnten Unterschiede und Grundlagen in der politischen Orientierung und Positionierung in diesem Konfliktraum. Dabei existieren unterschiedliche Arten der Messung einer solchen politischen Orientierung. Am verbreitetsten sind die symbolische Messung und die operationale Messung. Bei der symbolischen Messung handelt es sich um eine abs-

trakte selbsteingeschätzte Verortung auf der Links-Rechts-Dimension, d. h., Menschen sollen ihre eigene politische Haltung auf dieser Dimension selbst einschätzen. Bei der operationalen Messung wird die Einstellung zu ausgewählten politischen Themen (bspw. Grundeinkommen, Rechte von Minderheiten, gleichgeschlechtliche Ehe) abgefragt und zu einem Gesamtwert aggregiert, der dann die individuelle Haltung auf diesem Kontinuum ausdrücken soll. Eine zentrale Erkenntnis dieser Forschung besteht darin, dass der politische Konfliktraum, der durch die Links-Rechts-Dimension aufgespannt wird, eine Art psychologischen Unterbau aufweist. Dieser wird durch individuelle Unterschiede in Motivationen, Eigenschaften und Befindlichkeiten strukturiert und übersetzt sich dann in politische Einstellungen und Überzeugungen. Mit anderen Worten, es gibt systematische Zusammenhänge zwischen der individuellen Positionierung in diesem zweidimensionalen Konfliktraum und psychologischen Prozessen oder Zuständen, die über den politischen Kontext hinaus auf individuelle oder soziale Bedürfnisse und Motivlagen verweisen. Im Einklang mit Jost et al. (2009) fassen wir den Forschungsstand so zusammen, dass linke politische Haltungen insbesondere durch Offenheit gegenüber Veränderung und eine Kooperationsorientierung in sozialen Systemen, rechte politische Haltungen hingegen durch einen Wunsch nach Stabilität und Beständigkeit sowie einer Wettbewerbsorientierung in sozialen Strukturen motiviert werden. (► Abb. 1.1). Diese beiden Dimensionen spiegeln grundlegende menschliche Konflikte in Bezug auf Wert- und Bedürfnisorientierungen wider (siehe auch Claessens, Fischer, Chaudhuri, Sibley & Atkinson, 2020). Dies drückt sich auch darin aus, dass die jahrzehntelange Forschung zu persönlichen Wertorientierungen kulturübergreifend eine nahezu identische zweidimensionale Konfliktstruktur identifiziert hat (Schwartz, Caprara & Vecchione, 2010).

Die Beziehungen zwischen psychologischen und politischen Konfliktdimensionen sind vielfältig. So gibt es Evidenz dafür, dass Menschen in Abhängigkeit ihrer Persönlichkeitsstruktur eher zu bestimmten politischen Orientierungen neigen. Offenheit für Veränderung als einer von fünf zentralen Persönlichkeitsfaktoren im bekannten Big-Five-Ansatz korreliert beispielsweise positiv mit links-liberalen politischen Einstellungen (Osborne, Satherley & Sibley, 2018), während Gewissenhaftigkeit als Persönlichkeitsmerkmal mit rechts-konservativen politischen Haltungen in Verbindung steht (Fatke, 2017). Psychologische Prozesse spielen auch eine wichtige Rolle dabei, wie sich soziale und kulturelle Veränderungen auf politische Einstellungen auswirken. Akute nationale Bedrohungslagen wie Pandemien oder Terrorismus können beispielsweise das Bedürfnis nach Stabilität erhöhen. Unter anderem aus diesem Grund findet in Krisenzeiten häufig eine verstärkte Hinwendung zu rechts-konservativen Positionen statt (z. B. Bonanno & Jost, 2006).

Zusammenfassend halten wir fest, dass sich die politische Links-Rechts-Dimension in eine ökonomische und eine soziokulturelle Konfliktachse auffächern lässt. Der so entstehende Konfliktraum politischer Ideologien und Überzeugungen verfügt über eine psychologische Substruktur. Wie lassen sich aber nun vor dem Hintergrund dieses politischen Konflikttraums sowie des psychologischen Unterbaus aus Motivationen, Wertorientierungen und Eigenschaften extremistische Positionen und Prozesse der Radikalisierung und speziell der Rechtsradikalisierung konzeptualisieren und verstehen? Das Bundeskriminalamt (2023a) beschreibt Radikalisie-



**Abb. 1.1:** Links-Rechts-Kontinuum als politischer und psychologischer Konfliktraum.

ung als »zunehmende Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer extremistischen Denk- und Handlungsweise und die wachsende Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer Ziele illegitime Mittel, bis hin zur Anwendung von Gewalt, zu befürworten, zu unterstützen und/oder einzusetzen.« Wir wollen dieses Verständnis im Folgenden aus einer psychologischen Perspektive ausdifferenzieren. Dabei geht es uns einerseits um die Unterscheidung zwischen kognitiver Radikalisierung und verhaltensbezogener Radikalisierung. Zum anderen unterscheiden wir zwischen allgemeinen Merkmalen politischer Radikalisierung und spezifischen Merkmalen der Rechtsradikalisierung.

### 1.3 Extremismus und Radikalisierung als kognitive und verhaltensbezogene Phänomene

Die Forschung zu politischer Radikalisierung und Extremismus findet in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen statt, ist daher ausgesprochen heterogen und hat in der Vergangenheit kein gemeinsames Verständnis der Phänomene hervorgebracht (siehe z. B. Backes, 2006; Beelmann & Neubacher, 2022). Die Verwendung des Extremismus-Begriffs wurde in der jüngeren deutschen Geschichte durch die Sicherheitsorgane und den Verfassungsschutz geprägt. Entsprechend wird Extremismus häufig als »Antithese des Verfassungsstaats« (Backes, 2006, S. 238) definiert. Diesem Verständnis liegt die Idee zugrunde, dass Extremismus immer durch (a) eine monistische Vereinheitlichung und Verengung politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse und (b) die machtpolitische Unterdrückung politisch Andersdenkender im Sinne einer klaren Freund-Feind-Unterscheidung charakterisiert ist. Die genannten Aspekte beschreiben allgemeine Merkmale von politischem Extremismus, die in unterschiedlichen Ausformungen (bspw. Rechts- und Linksex-

tremismus, religiös motivierter Extremismus) gleichermaßen auftreten. Die monistische Einengung politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse kann psychologisch als kognitive Radikalisierung verstanden werden. Die machtpolitische Unterdrückung politisch Andersdenkender stellt hingegen einen Ausdruck verhaltensbezogener Radikalisierung dar.

Die sozialwissenschaftliche Literatur ist reich an Modellen und Metaphern, die den Prozess der politischen Radikalisierung in ihrer zeitlichen Dynamik illustrieren und darstellen sollen. Hierzu zählt das Treppenmodell des Terrorismus von Moggahadam (2005). Die zugrundeliegende Idee ist die, dass auf dem Weg zum politischen Extremismus mehrere Stufen der Radikalisierung durchlaufen werden müssen. Das Pyramidenmodell von McCauley und Moskalenko (2008) teilt diese Idee. Die AutorInnen beschreiben Radikalisierung jedoch nicht als Treppe, sondern als Pyramide. Sie bringen dadurch zum Ausdruck, dass der Radikalisierungsprozess nur von wenigen Personen bis zum Ende durchlaufen wird. Während viele Menschen eine schwache Form der Radikalisierung aufweisen, gelangen beispielsweise nur wenige Menschen an den Punkt, dass sie politische Gewalt selbst ausüben. Diesem Modell liegt auch die Idee zugrunde, dass Extremismus als ein soziales System verstanden werden kann, dass durch AkteurInnen und Strukturen in unterschiedlichen Stadien der Radikalisierung gestützt und unterstützt wird. In einer Erweiterung des Pyramidenmodells gehen McCauley und Moskalenko (2017) von zwei unabhängigen Pyramiden der Radikalisierung aus. Damit reagieren sie auf die empirische Beobachtung, dass politische Radikalisierung auf kognitiver und auf verhaltensbezogener Ebene relativ unabhängig voneinander erfolgen kann.

Das zentrale Merkmal *kognitiver Radikalisierung* ist die zunehmende Übernahme eines dogmatischen Denkstils. Ein dogmatischer Denkstil ist durch kognitive Rigidität und Ambiguitätsintoleranz gekennzeichnet. Dabei findet insbesondere eine mentale Einengung des politischen Problem- und Lösungsraums statt. Bei dieser Art zu denken, werden spezifische Einschätzungen der Realität als absolut gültig und alternativlos verstanden. Ein dogmatischer Denkstil wurde in der empirischen Sozialforschung erstmals von Frenkel-Brunswik (1939) beschrieben. Aufbauend auf diesen Arbeiten definierte Rokeach (1954, übersetzt, S. 195) Dogmatismus als (a) ein relativ geschlossenes Überzeugungssystem über die Realität, (b) organisiert um die Annahme einer absoluten Autorität, die ihrerseits (c) eine Legitimation für Intoleranz gegenüber anderen bereitstellt. Ein dogmatischer Denkstil wird dabei als kontinuierliches Merkmal verstanden, auf dem sich Menschen interindividuell unterscheiden. Damit wird jedoch auch klar, dass kognitive Radikalisierung im Übergang zum Extremismus nicht eindeutig bestimmt werden kann, da hier keine Grenzwerte definiert sind. Stattdessen muss von unterschiedlichen Ausprägungen dogmatischen Denkens ausgegangen werden, die mit zunehmender Stärke als extremistisch verstanden werden können (siehe auch Zmigrod & Goldenberg, 2021). Die Bestimmung extremistischer Denkweisen orientiert sich häufig auch daran, inwiefern Gewalt als Mittel zur Durchsetzung dogmatischer Überzeugungen kognitiv legitimiert wird.

Das zentrale Merkmal einer *verhaltensbezogenen Radikalisierung* stellt die Beteiligung an Verhaltensweisen dar, die gegen den Verfassungsstaat oder verfassungsrechtlich verankerte Bürgerrechte gerichtet sind. Am häufigsten sprechen wir dabei

über physische oder verbale Formen der Aggression als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele und Überzeugungen, ohne dass diese rechtstaatlich legitimiert sind. Hier wird häufig auch der Begriff der politisch motivierten Gewalt verwendet (Bakkes, 2013). Beispiele reichen von verbaler Gewalt in digitalen Kommunikationsumgebungen (bspw. Hassrede) zur Unterdrückung politisch Andersdenkender über Gewalt(-androhungen) gegen PolitikerInnen oder Polizei bis hin zu politisch motivierten terroristischen Anschlägen. Der entstandene Schaden sowie die Schädigungsabsicht variieren im Rahmen dieser unterschiedlichen Ausformungen politisch motivierter Gewalt substantiell, weswegen auch hier zwischen unterschiedlichen Graden der verhaltensbezogenen Radikalisierung unterschieden werden muss. McCauley und Moskalenko (2017) beschreiben diese Eskalationsstufen im Rahmen ihres Pyramidenmodells. Dabei weisen sie auch darauf hin, dass sich kognitive und verhaltensbezogene Radikalisierung unabhängig voneinander entwickeln können. Es existieren zwar empirische Hinweise darauf, dass kognitive Radikalisierung die Bereitschaft zum Einsatz politischer Gewalt erhöht (bspw. Schumann, Salman, Clemmow & Gill, 2022). Beide Prozesse können jedoch auch getrennt auftreten. Mit anderen Worten: Extremistisches Denken muss nicht in extremistisches Handeln münden und extremistisches Handeln muss nicht durch extremistisches Denken begründet sein.

## 1.4 Allgemeine und spezifische Merkmale der Rechtsradikalisierung

Politische Radikalisierungsprozesse beinhalten neben den oben dargestellten allgemeinen Merkmalen der politischen Radikalisierung auch spezifische Merkmale, die einzelne Formen von Extremismus (bspw. Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus etc.) exklusiv charakterisieren. Entsprechend ist auch der Rechtsextremismus durch spezifische Merkmale gekennzeichnet, die ihn von anderen Formen des politischen oder religiösen Extremismus abgrenzen. Diese wurden in der Vergangenheit jedoch ebenfalls unterschiedlich gefasst. Heitmeyer (1987) hob die Rechtfertigung von Ungleichwertigkeit als zentrales Charakteristikum hervor, die die Abwertungs- und Ausgrenzungstendenzen gegenüber Fremden einschließt. Dieser Ansatz wurde im Rahmen einer ExpertInnenkonferenz aufgegriffen und weiterentwickelt. In dieser Konferenz entwickelte eine Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen 2001 die folgende Definition:

»Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen [also nationalistischen] Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.« (Kreis, 2007, S. 12)



Der auf Grundlage dieser Definition entwickelte Fragebogen wird unter anderem in der Langzeituntersuchung der Leipziger Autoritarismus-Studien seit 2002 eingesetzt. Wir greifen diesen Definitionsansatz auf und integrieren ihn gleichzeitig in die bereits dargestellten theoretischen Grundlagen der Forschung zum Links-Rechts-Kontinuum als politischer und psychologischer Konfliktraum.

Ausgehend von der in ► Abb. 1.1 dargestellten Strukturierung des politischen und psychologischen Links-Rechts-Konfliktraums können zwei spezifische Zielorientierungen bzw. Begründungsstrukturen des Rechtsextremismus identifiziert werden, die sowohl kognitive als auch verhaltensbezogene Radikalisierungsprozesse leiten. Wir gehen davon aus, dass diese Zielorientierungen durch Extrempositionen auf den Konfliktachsen bestimmt werden. Als Übersteigerung einer an Prinzipien des Markts ausgerichteten rechts-libertären Wettbewerbsorientierung bezeichnen wir eine dieser beiden Extrempositionen als *sozialdarwinistisches Gesellschaftsbild*. Wenn das Denken und Handeln durch ein solches Gesellschaftsbild geprägt sind, werden gesellschaftliche Strukturen und soziale Prozesse als »kompetitiver Dschungel« verstanden (Duckitt & Sibley, 2009). Im Gegensatz zur Idee einer Solidaritätsgemeinschaft kämpft hier jeder gegen jeden nach dem Recht des Stärkeren, staatliche Regulierungs- und Gesetzgebungsprozesse werden abgelehnt, wenn sie im Konflikt mit den Partikularinteressen von Einzelnen oder mächtigen Gruppen stehen. Auf der Ebene von Intergruppenbeziehungen begründet ein solches Gesellschaftsbild die Idee des Ethnozentrismus. Interessen und Belange der eigenen ethnischen Gruppe werden dabei nicht nur über die Interessen und Bedürfnisse anderer Gruppen gestellt, sondern auch in ein antagonistisches Verhältnis gesetzt. Dieser Ansatz kommt in dem Leitprinzip von Donald Trump »America first!« zum Ausdruck. Im Prozess der kognitiven Radikalisierung kann ein sozialdarwinistisches Gesellschaftsbild als geschlossenes Überzeugungssystem dienen, das Intoleranz gegenüber Fremden, Schwächeren und Andersdenkenden begründet. Im Sinne einer verhaltensbezogenen Radikalisierung kann ein solches Überzeugungssystem als Legitimation dafür dienen, dass ein staatliches Gewaltmonopol nicht akzeptiert und stattdessen Gewalt zur Durchsetzung individueller oder gruppenbezogener Interessen oder Machtansprüche eingesetzt wird.

In einem *reaktionären Politikansatz* sehen wir eine zweite Extremposition, die aus der Übersteigerung einer rechts-konservativen Grundposition resultiert. Der Wunsch nach Beständigkeit und Stabilität sozialer Normen und Lebensverhältnisse wird hier zu dem Ziel, gesellschaftliche Veränderungsprozesse rückabzuwickeln und in einen Zustand zu überführen, wie er in der Vergangenheit existierte. Die Lösung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme wird darin gesehen, gesellschaftliche Zustände aus der Vergangenheit wieder herzustellen. Dieser Ansatz kommt in dem bekannten Wahlslogan von Donald Trump »Make America Great Again« zum Ausdruck. Ein solcher reaktionärer Politikansatz kann sich auf soziale (bspw. Wiederherstellung eines patriarchalen Familienmodells), ökonomische (bspw. Rückabwicklung des Sozialsystems) oder politische Ziele (bspw. Wiederherstellung eines autokratischen politischen Systems) beziehen. Im Prozess der kognitiven Radikalisierung verengt ein reaktionärer Politikansatz den Lösungs- und Möglichkeitsraum und liefert gleichzeitig einen autoritären Deutungs- und Bewertungsrahmen für die Analyse von politischen Ideen und Programmen. Im Pro-

zess der verhaltensbezogenen Radikalisierung steht ein reaktionärer Politikansatz für eine disruptive Neigung zum gesellschaftlichen Umsturz. »Der Reaktionär will nicht bewahren, sondern das bestehende System aus den Angeln heben.« (Neue Züricher Zeitung, 2018).

## 1.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend strukturieren wir den Prozess der Rechtsradikalisierung aus psychologischer Perspektive in zweierlei Weise. Wir unterscheiden zunächst zwischen kognitiver und verhaltensbezogener Radikalisierung. Bei der kognitiven Radikalisierung steht die mentale Verengung des Problem- und Lösungsraums im Sinne dogmatischen politischen Denkens im Vordergrund. Die Herausbildung eines dogmatischen Denkstils ist eng daran gekoppelt, dass Ideologien das Denken über politische Prozesse und Strukturen prägen. Wir gehen in ► Kap. 2 darauf ein, welche Rolle wir rechtsextremen Ideologien im Prozess der kognitiven Rechtsradikalisierung zuschreiben. Die verhaltensbezogene Radikalisierung beinhaltet eine zunehmende Beteiligung an verfassungsfeindlichem Verhalten, dazu zählt insbesondere politische Gewalt. Unterschiedliche Ausformungen dieser politischen Gewalt spannen den Raum der verhaltensbezogenen Rechtsradikalisierung auf. Auch darauf werden wir im nächsten Kapitel näher eingehen. Dogmatisches politisches Denken und verfassungsfeindliches Verhalten können sich unabhängig voneinander entwickeln. In vielen Fällen begünstigen sich beide Prozesse jedoch wechselseitig. Die spezifischen Merkmale kognitiver und verhaltensbezogener Rechtsradikalisierung in Abgrenzung zu anderen Formen der Radikalisierung sehen wir darin, dass beide Prozesse von Ideen durchdrungen und geprägt sind, die wir als extreme Ausformungen einer rechtsgerichteten politischen Orientierung beschreiben: Ein sozialdarwinistisches Gesellschaftsbild und ein reaktionärer Politikansatz. Das Zusammenspiel dieser vier spezifischen und unspezifischen Merkmale der Rechtsradikalisierung kann unterschiedlichen Dynamiken folgen und individuell zu unterschiedlichen Konfigurationen im rechtsextremen Denken und Handeln führen (► Abb. 1.2).

Die prozesshafte Entwicklung der Rechtsradikalisierung erfordert aus psychologischer Perspektive ein dynamisches Zusammenspiel von Motivation, Kognition und Verhalten. Im nächsten Kapitel stellen wir zentrale Annahmen zu diesem Zusammenspiel dar. Wir gehen dabei auch auf fünf zentrale Bereiche des Buchs ein, die unterschiedlichen Perspektiven auf diese Dynamik und den Prozess der Rechtsradikalisierung entsprechen.